

## Kanton forciert Kampf gegen Giftstoffe

Die St. Galler Regierung schlägt nach der Gewässerverschmutzung durch das Verpackungsunternehmen Amcor einen Massnahmenplan vor.

**Davide De Martis und Mark Schoder**

Die St. Galler Regierung will mit 13 Massnahmen die Giftstoffbelastung von Gewässern verringern. Das teilt sie am Montag in einem Communiqué mit. Im Fokus stehen Industrie- und Gewerbebetriebe: Chemieunfälle sollen verhindert und einfacher geahndet werden können.

Durch zwei «Störfallereignisse» im Goldacher Verpackungskonzern Amcor Flexibles Rorschach AG gelangten 2020 und 2021 gefährliche Umweltchemikalien in den Bodensee. Bei Wartungsarbeiten traten damals 2,7 Tonnen Löschschaum aus – 850 Kilogramm davon gelangten ungehindert über die Goldach in den Bodensee. Der Rest wurde zur Abwasserreinigungsanlage gebracht und danach in den Bodensee abgelassen. Später wird publik: Der Löschschaum beinhaltete die seit 2011 in der Schweiz verbotene und nicht abbaubare Chemikalie Perfluoroctansulfonsäure (PFOS).

Zu diesem Zeitpunkt habe das Bau- und Umweltdepartement im Rahmen des kantonalen Monitorings bereits eine «relevante Gefährdung der Umwelt durch Chemikalien sowie immer wieder vorkommende Umweltschadensfälle» festgestellt, heisst es in der Mitteilung. Zum Schutz der St. Galler Bäche, Flüsse und Seen gab die Regierung 2023 das Projekt «Umweltchemikalien in Gewässern» in Auftrag. Ziel des Projekts sei es, Massnahmen zu prüfen, um Giftstoffeinträge durch Unfälle in Industrie- und Gewerbebetrieben zu vermeiden. Nun liegen die Ergebnisse vor. Die Regierung schlägt 13 Massnahmen vor, um chemische Gewässerverschmutzungen zu verhindern (siehe Kasten).

Die Umsetzung der Massnahmen erfordere drei neue Vollzeitstellen beim Amt für Umwelt (AFU) und beim Amt für Wasser und Energie (AWE), die für zusätzliche Betriebskontrollen und Gewässeruntersuchungen eingesetzt werden sollen.

Für die Umweltspezialisierung der Staatsanwaltschaft sind 15 Stellenprozentage vorgesehen, die im Bericht zum persönlichen Ausbau der Staatsanwaltschaft



In den Jahren 2020 und 2021 flossen Hunderte Kilogramm giftiger Löschschaum vom Amcor-Areal in die Goldach und den Bodensee. Auch 2024 verschmutzte die Verpackungsfirma die Goldach. Bild: Raphael Rohner

in der Budgetbotschaft 2025 berücksichtigt werden sollen. Hinzu kommen einmalige Sachkosten von 340'000 Franken und jährliche Kosten von 70'000 Franken, die voraussichtlich im Rahmen des ordentlichen Budgets in der Sommersession 2025 im Kantonsrat beraten werden.

Die Umsetzung liegt in der Verantwortung des AFU und des AWE, die das Umsetzungsmoni-

toring durchführen. 2027 wird der Stand der Genehmigungen sowie der ersten Umsetzungen analysiert. 2030 werden den beteiligten Fachstellen und Ämtern 2030 die Ergebnisse vorgelegt.

### Massnahmen bergen Diskussionspotenzial

Das Massnahmenpaket werde im Kantonsrat sicherlich für Diskussionen sorgen, sagt Susanne

Hartmann, Regierungspräsidentin und Vorsteherin des Bau- und Umweltdepartements des Kantons St. Gallen. Der Regierung sei es ein grosses Anliegen, die Bäche, Flüsse und Seen im Kanton besser zu schützen – und das nicht erst seit den Amcor-Vorfällen. Diese hätten dem Anliegen einen weiteren Schub versetzt. Hartmann sagt: «Nun liegt der Bericht beim Kantonsrat. Wir

werden dafür kämpfen, dass die Massnahmen umgesetzt werden.»

Die Prävention von Verschmutzungsvorfällen liege dem Kanton St. Gallen am Herzen, sagt Hartmann, «besonders im Wissen darum, dass man nicht immer alles verhindern kann.» Deshalb sei es wichtig, dass Sicherheitsbeauftragte von Unternehmen informiert und geschult werden, damit sie bei Gewässerverschmutzungen angemessen handeln können.

Im Massnahmenpaket sind auch regelmässige Betriebskontrollen vorgesehen. Waren diese bisher unzureichend? Nein, sagt Hartmann. Der Kanton führe risikobasierte Kontrollen durch, was bisher gut geklappt habe. «Mit mehr Kontrollen hätten wir auch die Amcor-Vorfälle nicht verhindern können», sagt sie. Schon damals habe man den Verpackungskonzern eng begleitet.

### In Zukunft soll jeder Polizist Umweldelikte erkennen

Das Massnahmenpaket freut vor allem die Grünen im Kanton St. Gallen. Parteipräsident Daniel Bosshard setzte sich vor rund drei Jahren für eine auf Um-

weltdelikte spezialisierte Staatsanwaltschaft ein. Sowohl für sie als auch für die Polizei sind Weiterbildungen im Bereich Umweldelikte vorgesehen.

«Ich begrüsse es, dass meine Forderungen nun angegangen werden und die Umweltspezialisierung ansteht», sagt Bosshard. «Jeder Polizist an der Front» solle künftig Umweldelikte erkennen können und mit der rechtlichen Situation vertraut sein. Er fordert ein «gewisses ökologisches Bewusstsein» bei den Behörden. Entscheidender sei jedoch die Schaffung eines spezialisierten Fachdienstes bei der Kantonspolizei.

Gleiches gelte für eine umweltspezialisierte Staatsanwaltschaft St. Gallen. Die Kantone Bern, Zürich und Luzern gingen hier mit gutem Beispiel voran, sagt Bosshard: «Diese Kantone haben mit der Spezialisierung schon sehr gute Erfahrungen gemacht. Deswegen ist St. Gallen jetzt auf einem sehr guten Weg.» Ob jedoch die von der Regierung vorgeschlagenen Ressourcen ausreichen, bezweifelt der Grünen-Präsident. Aber nicht nur die Behörden nimmt Bosshard in die Pflicht: «Die Betriebe müssen stärker sensibilisiert werden, damit es gar nicht erst zu Umweltverschmutzungen kommt.»

Im Massnahmenpaket der Regierung bemängelt er zwei Punkte: Der Kanton müsse die von Umweltverschmutzung betroffenen Gemeinden und ihre Gewässerschutzpolizeien noch stärker beraten. Ausserdem sei die maximale Bussstrafe von 5000 Franken zu niedrig: «5000 Franken zahlt ein multinationaler Konzern aus der Portokasse. Das ist keine Strafe, sondern ein Freifahrtschein für Umweltverschmutzung.»

Höhere Bussen von 50'000 statt 5000 Franken für Umweltvergehen, wie sie die Grünen im Kantonsrat vor zwei Jahren mit der Unterstützung der Regierung in einem Ständesbegehren gefordert hatten, sind aber nicht vorgesehen. Die bürgerliche Mehrheit lehnte das Begehren im September 2023 im Kantonsrat ab. Mit der aktuellen Zusammensetzung des Kantonsrats wäre ein erneuter Vorstoss «chancenlos», sagt Bosshard.

### Regierung schlägt 13 Massnahmen vor

#### Vorbeugen

- Gewässerschutzrechtliche Auflagen an Industrie- und Gewerbebetriebe verbessern.
- Die Informationsgrundlagen für Baubewilligungen und das Fachwissen über Umweltchemikalien in der Verwaltung verbessern.
- Schulungen und Informationskampagnen für Umweltbeauftragte und Sicherheitsverantwortliche von Industrie und Gewerbebetrieben einführen.
- Bevölkerung besser über Umweltchemikalien aufklären und privaten Einsatz dadurch verringern.

#### Kontrollieren

- Mehr und regelmässige Betriebskontrollen.
- Mehr Untersuchungen von Gewässern auf Umweltchemikalien.

#### Erkennen

- Stärkung der untersuchenden Behörden in der Ursachenermittlung von Gewässerverunreinigungen, um schnelle Erkennung und Schadensminderung zu erwirken.

#### Ahnden

- Stärkung durch Ausbau der Umweltspezialisierung der Staatsanwaltschaft.

- Umweltspezialisierung beziehungsweise einen Fachdienst bei der Kantonspolizei aufbauen.
- Regelmässige Aus- und Weiterbildungen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.
- Regelmässige Aus- und Weiterbildungen der Mitglieder der Kantonspolizei, die im Umweltschadenfall ermitteln.

#### Zusammenarbeit verbessern

- Verbesserter Datenaustausch zwischen involvierten Stellen.
- Austausch auf Fach- und auf Vollzugsebene über Grenzen der Staatsanwaltschaft, Kantonspolizei und Departemente hinaus.

## Rückenwind für die St. Galler Windenergie

Der Bund genehmigt die «Richtplananpassung 23» des Kantons. Investoren können auf 15 Gebieten Windparksanlagen planen.

**Mark Schoder**

Seit Montag herrscht Klarheit: Die fünfzehn Windeignungsgebiete sind rechtskräftig. Das gab die St. Galler Staatskanzlei in einer Mitteilung bekannt. Der Bund hat die sogenannte «Richtplananpassung 23» des Kantons St. Gallen genehmigt. Zuvor hatte er die Kantone beauftragt, die Windenergienutzung zu ermöglichen.

Mit der Genehmigung können potenzielle Investorinnen

und Investoren Projekte für Windparks planen und die notwendigen Bewilligungsverfahren einleiten.

### Bund lobt «sorgfältige Interessenabwägung»

Der Kanton St. Gallen erfüllt damit die Anforderungen des nationalen Raumplanungsgesetzes und des Energiegesetzes. Laut der Staatskanzlei würdigte der Bund insbesondere die «sorgfältige Interessenabwägung ausdrücklich», die der



Drohnen am Flumserberg bilden am 11. Januar eine Windanlage, um die Grösse einer von der Axpo geplanten Anlage zu illustrieren. Bild: Key

Kanton vornahm, um die Windeignungsgebiete festzulegen.

Die Bewilligungsverfahren erfolgen über den kantonalen Sondernutzungsplan, der als Leitverfahren dient. Das bedeutet: Projekte für Windparks werden nicht in Einzelfallverfahren bewertet, sondern in einem einheitlichen Rahmen.

Von den ursprünglich sieben geplanten Windenergiegebieten wurden zwei nicht bewilligt: das «Witofeli/Steinerriet» in Schänis sowie das Gebiet

«Rheinau», das sich über mehrere Gemeinden erstreckt, darunter Bad Ragaz und Sargans. Diese Gebiete wurden nicht in den Richtplan aufgenommen.

In einzelnen Gebieten haben Körperschaften bereits mit ersten Messungen begonnen, um die Machbarkeit von Windenergieprojekten zu prüfen. Jetzt liegt es an den Investorinnen und Investoren, aus der planerischen Grundlage konkrete Projekte zu entwickeln.